Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Kiel, 12.07.2007

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Situation und Perspektiven der beruflichen Bildung

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der FDP über „Situation und Perspektiven der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein“ gehört zum Glück zu denjenigen Berichten, die es wert sind, gelesen zu werden. Im Namen des SSW bedanke ich mich also bei den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bildungsministeriums, die uns diese lesenswerte Beantwortung der gestellten Fragen beschert haben. Dass dies alles keine Selbstverständlichkeit ist, wissen wir aus leidiger Erfahrung.

Bestätigt wird, was auch in Veranstaltungen zu den Themen Ausbildungssituation und berufliche Bildung immer wieder eine Rolle spielt: Die Schülerzahlen in den Vollzeitschularten nehmen zu und für viele Jugendliche bedeutet der Übergang zur Beruflichen Schule erst einmal, dass sie ihren Hauptschulabschluss nachholen, einen Mittleren Schulabschluss, die Fachhochschulreife oder die allgemeine Hochschulreife erhalten. Das ist positiv.

Aus Sicht des SSW wird aus dieser Entwicklung aber auch deutlich, dass die Berufliche Schule einen Großteil des Bildungsauftrages erfüllt, der eigentlich bei den allgemein bildenden Schulen liegen sollte. Es kann im Grunde nicht angehen, dass heute ein Drittel aller Abiturienten den Umweg über das Berufliche Gymnasium machen müssen, um die allgemeine Hochschulreife zu erlangen, zumal dies für die Jugendlichen auch kein einfacher Weg ist.

Uns ist natürlich bewusst auch dieses geht aus der Beantwortung der Landesregierung hervor dass der Ausbau der vollschulischen Angebote auch eine Reaktion auf die Stagnation auf dem Ausbildungsmarkt ist. Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger hat sich in den letzten 10 Jahren kontinuierlich gesteigert, während das Ausbildungsplatzangebot fast konstant geblieben ist. Wer aber behauptet, dass wir es hier ausschließlich mit einem Aspekt der Warteschleifendebatte zu tun haben, verkennt, dass die jungen Menschen sich sehr bewusst für einen höheren Bildungsabschluss einsetzen.

Am Schulwandertag des DGB und der GEW, der am 1. Juni hier im Landtag stattfand, führte ich, wie andere Kollegen auch, Gespräche mit den teilnehmenden Jugendlichen. Ich unterhielt mich mit einer Abschlussklasse der Hauptschule Jarplund-Weding, die mich ausdrücklich darauf aufmerksam machte, dass diejenigen, die nach den Sommerferien weiter zur Schule gehen wollten, um den Realabschluss zu erwerben, sich absolut nicht als Warteschleife auffassten. Ja, dass sie sich durch dieses Etikett eigentlich verletzt fühlten.

Dennoch geht aus der Großen Anfrage hervor, dass die Warteschleifen und die vielen berufsvorbereitenden Maßnahmen ein vorrangiges Problem darstellen. Die Zahl der Jugendlichen im schulischen Übergangssystem hat sich von 1995 bis 2005 kontinuierlich erhöht auf den gesamten Zeitraum bezogen um 85 %. Dass die Berufsschulen dabei am meisten geleistet haben, während das Angebot der Bundesagentur für Arbeit relativ konstant blieb, gibt meines Erachtens zu denken. Der SSW begrüßt daher, dass sich die Landesregierung mit ihrem Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt, auch das Ziel gesetzt hat, die verschiedenen Bildungsangebote besser aufeinander abzustimmen.

Auch der präventive Ansatz ist notwendig und richtig. Wie sich die Landesregierung im Einzelnen die Umsetzung des Konzepts vorstellt, sollte im Ausschuss erläutert werden. Dabei ist es positiv, dass auch das neue Schulgesetz mit der Meldepflicht für Berufsschüler den präventiven Ansatz stärkt.

Im Ausschuss sollten wir uns auch näher mit den Konsequenzen des neuen Berufsbildungsgesetzes auseinandersetzen. Ich denke dabei zum einen an die Möglichkeiten der schulischen Berufsbildung, die der SSW verstärkt aufgegriffen wissen möchte. Zum anderen wünsche ich mir eine detaillierte Einschätzung hinsichtlich der neuen 2-jährigen Berufsausbildung. Der SSW begrüßt, dass es diese neuen Ausbildungsmöglichkeiten gibt, wenn sie denn dazu führen, dass mehr Jungendliche eine Ausbildung erhalten. Was wir nicht wollen, ist ein Verdrängungswettbewerb.

Und noch einen Punkt möchte ich im Ausschuss aufgreifen die Möglichkeit der neuen Regionalen Berufsbildungszentren nämlich. Ich hätte mir gewünscht, dass dies schon aus der Beantwortung der Großen Anfrage hervorgegangen wäre. Insbesondere wüsste ich gern, wieso dort immer noch darauf verwiesen wird, dass es für bestimmte Ausbildungsgänge notwendig ist, Bezirksfachklassen einzurichten. Die neue Eigenständigkeit der RBZ müsste doch eigentlich dazu führen, dass diese nicht mehr erforderlich sind. Aus regionaler Sicht ist es wichtig, dass schnell auf Veränderungen auf dem Ausbildungsmarkt reagiert werden kann. Als Beispiel sei die Mechatroniker-Ausbildung genannt, die in Flensburg einen ganz anderen Hintergrund hat als in Husum. Und genau dies sollte mit der Umwandlung der Berufsschulen in RBZ besser funktionieren als vorher.

Als ich eingangs das Bildungsministerium für die Beantwortung der Großen Anfrage lobte, bezog mein Lob sich auch darauf, dass dort so viele Zusammenhänge angesprochen werden, dass es schwierig ist, hier im Plenum auf alle Aspekte einzugehen. Ich werde also den ganzen Bereich Weiterbildung heute ausklammern, was wirklich nicht heißt, dass wir diesen Bereich nicht für wichtig erachten im Gegenteil. Auch darauf werden wir in der Ausschussberatung konkret eingehen, zumal uns bekannt ist, dass die Landesregierung als einen Beitrag zum Bürokratieabbau das Bildungsfreistellunggesetz abschaffen möchte. Das wäre ein großer Fehler.

Einen Punkt will ich aber unbedingt noch aufgreifen. Es dreht sich um die Ausbildung von Berufsschullehrerinnen und -lehrern und um das Studiumsangebot der Universitäten. Dabei beziehe ich mich auf die Situation an der Universität Flensburg und rufe in Erinnerung, dass die Uni Flensburg das Profil hat, ein Zentrum für Vermittlungswissenschaften zu sein. Dort wird der Studiengang Lehramt an Berufsbildenden Schulen in den Fachrichtungen Elektro- und Metalltechnik vom Berufsbildungsinstitut Arbeit und Technik (BIAT) getragen, dem vier Professuren zur Verfügung stehen so in der Beantwortung der Großen Anfrage nachzulesen.

Aus einer kleinen Anfrage, die ich vor kurzem zur Zukunft der Berufsschullehrerausbildung an der Uni Flensburg gestellt habe, geht nunmehr hervor, dass die Landesregierung überlegt, das BIAT nach Kiel zu verlegen als Kompensation für die Verlagerung der Realschullehrerausbildung nach Flensburg. Und darum sage ich klar und deutlich, dass hier Äpfel mit Birnen verglichen werden. Der SSW hat viel Verständnis dafür, dass die CAU Personalstellen einfordert. Das ist nachvollziehbar. Gar nicht nachvollziehbar ist aber, dass das Wissenschaftsministerium dabei das BIAT ins Spiel bringt. Damit kann die CAU wenig anfangen, während die Uni Flensburg dadurch schwer beschädigt wird. Sie verliert richtig Geld, weil das BIAT sehr forschungsintensiv ist und für die Universität wichtige Drittmittel einwirbt. Hinzu kommt, und das ist in

diesem Kontext das entscheidende, dass eine Verlagerung natürlich auch das Image der Universität als Forschungsstätte für Vermittlungswissenschaften beschädigen wird. Die Berufliche Bildung gehört ganz einfach dazu auch unter grenzüberschreitenden Gesichtspunkten. Der SSW wird sich also dafür stark machen, dass dieses nicht geschieht und hofft dabei auf die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen im Bildungsausschuss.

Ich fasse zusammen: Mit den Antworten der Landesregierung auf die Fragen der FDP-Fraktion ist deutlich geworden, wie groß diese Baustelle der Beruflichen Bildung mittlerweile ist. Nicht alles werden wir als Landtag in eigener Zuständigkeit lösen können. Watt mutt, datt mutt sollte aber das Ziel der Ausschussberatung sein.